

formen, welche mit den Namen Hanusch und Bauer verbunden sind, durchsetzten, stieg der Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften stark an. Diese Aufwärtsbewegung hielt auch im Jahr 1921 an, das von Kämpfen um die Verteidigung der Reallöhne gegen die sich schwindelerregend beschleunigende Inflation geprägt war. Die Mitgliederzahl stieg von 772.000 Ende 1919 auf den Höchststand von 1,098.000 Ende 1921.

Ab dieser Zeit befanden sich die Freien Gewerkschaften beständig in der Defensive. Die Christlichsozialen kündigten die „Beseitigung des revolutionären Schutts“ an und demonstrieren demgemäß schrittweise die sozialen Reformen. Reallohnverluste und hohe Arbeitslosigkeit sowie sinkender politischer Einfluß ließen den Nutzen einer Mitgliedschaft bei den Freien Gewerkschaften zunehmend fragwürdig erscheinen. Deren Mitgliederstand fiel bis 1926 kontinuierlich auf 756.000.

Mit dem Einsetzen der schweren Wirtschaftsdepression beschleunigte sich der organisatorische und politische Niedergang der Freien Gewerkschaften. Aus der Verteidigung der sozialen Errungenschaften wurde rasch ein verzweifelter Kampf um die Existenz dieser Arbeitnehmerorganisationen. 1932 belief sich die Zahl der Mitglieder auf nur noch 520.000. Nach dem militärischen Sieg über die Arbeiterbewegung im Februar 1934 löste das autoritäre Regime die sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen auf.

In den Jahren 1918 bis 1920 war der Staat gleichzeitig Adressat und Vehikel (frei-)gewerkschaftlicher Politik, was sich in den arbeits- und sozialrechtlichen Reformen niederschlug. Unter dem Druck der politischen Machtverhältnisse waren die Unternehmer zur Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner innerhalb der „paritätischen Industriekomitees“ bereit.

Auch nach dem Austritt der SDAP

aus der Regierung blieb die aktive Teilnahme am wirtschaftlichen Wiederaufbau erklärtes Ziel gewerkschaftlicher Politik. Aus der Sicht der sozialdemokratischen Arbeitnehmervertreter lag die Entfaltung des Kapitalismus auch im Interesse der Arbeiterklasse, die mit jedem Schritt der industriellen Entwicklung ihrem historischen Ziel näher rückte. Somit bildete das „Gesamtinteresse“ der österreichischen Volkswirtschaft unabhängig von den politischen Machtverhältnissen den Orientierungsrahmen der freigewerkschaftlichen Politik. Nur unter Berücksichtigung dieser grundlegenden Haltung werden die Reaktionen der Gewerkschaften auf die Maßnahmen der Regierung verständlich.

Die Auflösung der Industriekomitees 1921 und die folgenden christlichsozialen Offensiven gegen die Positionen der Arbeiterbewegung änderten nichts am grundsätzlich kooperativen Kurs der Freien Gewerkschaften. Eine Eskalation des Klassenkampfes von seiten der Arbeiterschaft wurde nicht in Erwägung gezogen, da sie darin eine Gefährdung der sozialen Errungenschaften erblickten.

Die Problematik der gewerkschaftlichen Haltung trat bereits 1922 bei der Bewertung der Genfer Protokolle und des darauf aufbauenden Sanierungsplans zutage. Die Arbeitnehmerorganisationen wiesen zwar den Regierungsplan wegen der politischen und unmittelbaren sozialen Implikationen zurück, wollten die Sanierung an sich jedoch nicht behindern. Die SDAP stimmte im Parlament zu.

Mit dem Zusammentreffen des konjunkturellen Tiefs mit der strukturellen Krise in den Jahren 1925/26 erwies sich die Hoffnung auf eine dem Wesen des Kapitalismus entsprechende Gesundung der österreichischen Wirtschaft und damit auch auf eine Lösung des Arbeitslosenproblems (1926 11 Prozent) als trügerisch. Die Gewerkschaften forderten eine expansive Wirtschaftspolitik, erwarteten aber eine vollständige Lösung der Krise nur